

Widerstand in NRW gegen höhere Windräder

Geplanter rot-grüner Erlass soll Investitionshemmnisse abbauen

Von Wilfried Goebels

DÜSSELDORF:

Der geplante rot-grüne Windkrafterlass sorgt für heftigen politischen Streit in NRW. Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) will die Höhenbeschränkungen für Windräder weitgehend abschaffen und Mindestabstände zu Wohngebieten verringern.

FDP-Fraktionschef Gerhard Papke sagte unserer Zeitung, Rot-Grün plane „gigantische Windkraftanlagen mit der Höhe des Kölner Doms ohne Rücksicht auf die Anwohner“. Papke drohte mit Protesten im ländlichen Raum, falls Rot-Grün Kommunen die Möglichkeit nehmen wolle, „angemessene Mindestabstände und Höhenbegrenzungen für industrielle Windräder festzulegen“.

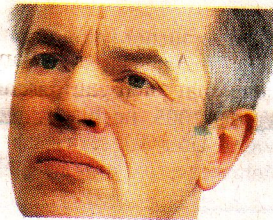
Von drei auf 15 Prozent

Mit dem neuen Windkraft-Erlass will der grüne Umweltminister „den Windkraft-Verhinderungserlass“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung aufheben. „Große Windräder mit 150 Meter Höhe bringen drei- bis viermal soviel Energie wie kleine“, sagte Rimmel unserer Zeitung. Derzeit ist in NRW nur jede zweite Windkraftanlage höher als 140 Meter, im Bundeschnitt sind dies 60 Prozent. Rot-Grün will den Anteil der Stromerzeugung aus Windenergie bis 2020 von drei auf 15 Prozent erhöhen.

Der 40-seitige Erlassentwurf ist zwischen SPD und Grünen abgestimmt und soll in dieser Woche zur Anhörung an die Verbände gehen. Rimmel erwartet, dass der Windkraft-

Erlass im Mai in Kraft treten kann.

Der CDU-Bauexperte Lutz Lienenkämper beklagte in diesem Zusammenhang, dass „der Schutz der Menschen wie vor der Landtagswahl 2005 wieder hinter den Schutz der Umwelt zurücktreten“ soll. „Wir brauchen keinen Abbau von Anwohner- und Gemeinderechten“, sagte Lienenkämper unserer Zeitung.



Große Windräder mit 150 Meter Höhe bringen drei- bis viermal soviel Energie wie kleine.

Johannes Rimmel

Laut Erlass sollen:

■ Höhenbegrenzungen von Windrädern nur noch in Einzelfällen erlaubt sein.

■ Windräder auch wieder in Waldgebieten - etwa auf „Kyrill-Flächen“ - möglich sein.

■ Kleinanlagen an windreichen Standorten durch moderne „Riesenräder“ ersetzt werden.

■ Kommunen künftig begründen müssen, warum sie keine Vorrangzonen für Windparks ausweisen.

■ Zwei Prozent der Landesfläche Vorrangzonen für Windräder werden.

■ „Clearing-Stellen“ eingerichtet werden, um Konflikte

zu lösen.

Rimmel verwies darauf, dass die Kommunen natürlich weiter die Planungshoheit behalten werden. Deshalb sei der Erlass lediglich eine „Empfehlung“. Gemeinden müssten allerdings künftig nachweisen, dass ihre Entscheidung gegen einen Standort sachgerecht und gerichtsfest ist. In NRW soll es keine generelle Festlegung mehr auf 1,5 Kilometer Mindestabstand zur Wohnbebauung mehr geben. Die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Festlegungen des alten Erlasses zu Tabuflächen und Abständen werden erheblich begrenzt.

Nationalparks tabu

Umweltminister Rimmel kritisierte, dass NRW in den vergangenen Jahren bei der Nutzung der Windkraft gegenüber anderen Bundesländern zurückgefallen sein. Mit dem Windenergie-Erlass sollen bisherige Investitionshemmnisse abgebaut werden. Tabuflächen für Windräder sind künftig vor allem Nationalparks, Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete. Laut Winderlass stellt der „Disco-Effekt“ (Schattenwurf) heute aufgrund der matten Beschichtung der Windanlagen kein Problem mehr da.

Umweltminister Rimmel bezeichnete den Winderlass als wichtigen Bestandteil der NRW-Klimaschutzstrategie. FDP-Fraktionschef Papke kündigte entschiedenen Widerstand gegen die rot-grünen Pläne an. „Die FDP wird den Windkrafterlass nicht hinnehmen.“ Rimmel will den Erlass im Landtag debattieren. Da es sich um kein Gesetz handelt, kann der Minister den Erlass mit Unterstützung von Rot-Grün beschließen.

SIEHE KOMMENTAR

WP. 8.02.11

Symbol Windrad

Proteste gegen neuen Erlass sind absehbar

Von Wilfried Goebels

Die Windkraft spaltet die Gesellschaft. Für die grüne Politikerin Bärbel Höhn waren riesige Windräder gut sichtbare Symbole für die Energiewende. Kritiker hingegen sehen in den hoch aufschießenden „Spargeln“ aus Stahl eine optische Umweltverschmutzung und ein gigantisches Subventionsgrab.

Mit dem Windkrafterlass drückt die rot-grüne Koalition in NRW wieder aufs Tempo. Generelle Höhenbeschränkungen sollen fallen, damit leistungsstarke Riesenräder als Ersatz für kleine Altanlagen möglich werden. Das Bild der Landschaft wird sich verändern, wenn die Zahl der Windvorranggebiete verdoppelt wird und bis-zu 200 Meter hohe Windräder das Gelände „zieren“.

Rund die Hälfte der erneuerbaren Energie in NRW entfällt auf hoch subventionierte Windkraft. Bis 2050 halten Experten sogar die vollständige Stromversorgung in Deutschland mit regenerativen Energien für möglich. Wenn die Vision bezahlbar sein soll; muss die Subvention für die Einspeisung von Öko-Strom gekappt werden. Auch das gehört zur Wahrheit an einem Industriestandort.

Es ist schlicht unsinnig; in jeder Kommune Windvorrangzonen auszuweisen. Ökologisch und ökonomisch sinnvoller ist die Einrichtung großer, regionaler Windparks abseits von Wohnbebauung und Tourismus. Rammel hat zum Schutz von Flora und Fauna Natur-, Vogelschutzgebiete und Nationalparks zu Tabuzonen für Windräder erklärt. Doch wo bleibt der Mensch? Dass der Minister gleichzeitig die geltende Abstandsregelung für Windräder zu Wohngebieten beseitigt, werden Anwohner nicht ohne Protest hinnehmen.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald kritisiert die Planungen von 6000 zusätzlichen Windkraftanlagen in NRW bis 2020

Protest gegen Windkraftanlagen

Siegen-Wittgenstein. „Hinsichtlich des Ausbaus der Windkraft müssen Entscheidungen mit Augenmaß getroffen werden!“, so Beate Grimm, die sich in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kreisverbandes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) intensiv mit dieser Thematik befasst.

Die Vorsitzende nahm erst kürzlich einige Windkraftanlagen in der Nähe des Rothaarssteigs in Augenschein und zeigte sich von der Dominanz der Anlagen in der freien Landschaft beeindruckt.

Kritik an Minister Johannes Remmel

Bei diesem Anblick drängt sich die Frage auf, wie viele der von NRW-Umweltminister Remmel geforderten Windkraftanlagen noch in diese Landschaft passen? Im derzeit diskutierten Entwurf des Windkraftlasses ist eine pro-

zentrale Steigerung des Anteils der Windenergie bei der Stromerzeugung von drei auf 15 Prozent bis zum Jahr 2020 angestrebt. Das hört sich zunächst einmal nicht viel an, in der Summe sind es laut Berechnung von Fachleuten allerdings rund 6000 zusätzliche Windräder.

Beate Grimm betont deshalb, dass die Errichtung zukünftiger Anlagen nur unter der Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger vonstatten gehen kann, denn damit wird auch das vertraute Landschafts- und Heimatbild aller langfristig verändert. „Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat hier eine klare Position“, führt die SDW-Vorsitzende weiter aus. „Auch wenn der Windkraft eine zunehmende Bedeutung bei der Lieferung regenerativer Energien zukommt, sollten Einzelentscheidungen für oder gegen die Windkraft möglichst verniedlen werden!“



Beate Grimm von der SDW vor Windkraftanlage Burbach Foto: SDW

Denn sensible Bereiche des Naturschutzes (Vogelzug sowie Vorkommen von Großvögeln und Fledermäusen) müssten ebenso berücksichtigt werden wie der Anspruch, dass Windkraftanlagen das geschlossene Waldbild nicht allzu sehr beeinträchtigen dürfen. Keine Probleme bereitet der SDW dagegen der eigentliche Ausbau der Anlagen, da nur relativ geringe Flächen benötigt werden. Mit den

modernen leistungsfähigen Anlagen werden zudem Lärmemissionen deutlich vermindert und auch das spätere Recycling der Anlagen ist kein größeres Problem. Allerdings sollte man in der Diskussion auch berücksichtigen, dass die Region Südwestfalen aufgrund ihrer großen Holzvorräte schon einen bedeutenden Anteil an der Lieferung von regenerativer Energie leistet und auch wei-

terhin – sogar mit Steigerungspotenzial – leisten kann. „Letztlich möchte ich den Tourismusfaktor nicht unerwähnt lassen“, so Grimm. „Der mit einem Besuch im Siegerland, Sauerland und Wittgenstein verbundene Erholungswert, der viele Tagesgäste und auch Langzeiturlauber in diese Region zieht, muss unbedingt erhalten bleiben.“

Intensive Beteiligung der Anlieger wichtig

Um möglichst viele Fragen oder Probleme, die im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen bestehen, intensiver mit Beteiligten und Betroffenen zu diskutieren, bereitet der Kreisverband der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald derzeit ein Symposium vor. „Nur im Rahmen breit aufgestellter gemeinsamer Diskussionen“, betont Grimm, „wird es auch tragbare Lösungen für alle geben!“